



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 06.11.2013, 17:37 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Haushaltsplan 2014 und Finanzplanung mit** **Vorl.Nr. 372/13**
Investitionsprogramm 2013-2017
- Einbringung

Beratungsverlauf:

Zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2014 sprechen nacheinander OBM Spec und Herr Kiedaisch (FB Finanzen). Die Rede von OBM Spec sowie die Präsentation von Herrn Kiedaisch sind Bestandteil des Protokolls und diesem als Anlagen beigefügt.

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2014 sowie der Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2013 bis 2017 sollen in den Gemeinderatssitzungen am 20.11., 03.12. und 04.12. sowie im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 10.12.2013 beraten und im Gemeinderat am 12.12.2013 beschlossen werden.

TOP 1.1 **ANLAGE Haushaltsplan 2014** **Vorl.Nr. 373/13**

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

TOP 2 **Wohnbaulandentwicklung 2020** **Vorl.Nr. 221/13**

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 2.1.

Beschluss:

1. *keine Abstimmung*
2. *keine Abstimmung*
3. *keine Abstimmung*
4. *keine Abstimmung*
5. Aufgrund von § 25 Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird ein Vorkaufsrecht durch Satzung (siehe Anlage 2 – 5) für die Grundstücke in folgenden Gebieten begründet:
 1. Wilhelm-Nagel-Straße
 2. Schauinsland/Scholppenäcker
 3. Reichertshalde
 4. Hausgärten

Die Zuständigkeit über die Ausübung von Vorkaufsrechten liegt gem. § 9 I Nr. 2 der Hauptsatzung der Stadt Ludwigsburg bei den Ausschüssen des Gemeinderats.

6. *keine Abstimmung*
7. *keine Abstimmung*

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziff. 5 wird mit 28 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin Schneller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (entschuldigt; beruflich verhindert)

Beratungsverlauf:

Die Vorl. Nr. 414/13 wird den Stadträtinnen und Stadträte als Tischvorlage ausgeteilt.

OBM Spec betont, dass die Wohnbaulandentwicklung ein wesentlicher Bestandteil der nachhaltigen Stadtentwicklung sei. Das Ziel sei, mehr Wohnflächen für junge Familien zu schaffen. Durch eine gute Wohnbaulandentwicklung könne eine sehr dynamische und lebhaftere Entwicklung des Wohnungsmarktes erreicht werden. Er weist darauf hin, dass die Bauträger in die Entwicklung des Verwaltungsvorschlages einbezogen worden seien und berücksichtigt werden müsse, dass der freie Markt nicht alles Notwendige, z. B. sozialen Wohnungsbau, anbieten könne. OBM Spec führt weiter aus, dass derzeit vor allem günstige Wohnungen für alleinstehende Senioren fehlen würden. Neben einer Festlegung von klaren ordnungspolitischen Regeln seien

klare und effektive Strukturen in Politik und Verwaltung sowie eine funktionierende Wirtschaft erforderlich. An dem Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2007, der richtig und wichtig gewesen sei, werde durch den jetzigen Beschlussvorschlag nichts geändert. Außerdem erinnert er daran, dass vor 2007 teilweise schlechte Erfahrungen bei der Entwicklung neuer Wohngebiete gesammelt werden mussten. Er plädiert dafür, dass der Gemeinderat bzw. die Stadt dafür sorgen solle, dass alle Zielgruppen des Wohnungsmarktes bedient werden. OBM Spec stellt klar, dass die Ziff. 1 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 414/13 lediglich einen Auftrag an die Verwaltung enthalte, bestimmte Gebiete zu untersuchen. Darüber hinaus solle der Beschluss verdeutlichen, dass eine Entwicklung von neuen Wohngebieten nur erfolge, wenn die Neuordnung von der Stadt gesteuert werde. Die Ziff. 3 des Vorschlages stelle lediglich eine leichte Modifizierung des Beschlusses aus 2007 dar. Die Ziff. 4 diene in erster Linie der Klarstellung, da die Bauträger bereits deutlich gemacht hätten, dass die Einhaltung dieser Regelungen selbstverständlich sei. Das vorgeschlagene Vorkaufsrecht (Ziff. 5) sei notwendig um die Einhaltung der Ziele des Gemeinderates sicherstellen zu können. Bezüglich der Ziff. 7 stellt OBM Spec heraus, dass die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nicht unbedingt von der WBL abgedeckt werden müsse. Dieses Angebot könnte ebenfalls von privaten Bauträgern geschaffen werden.

Stadtrat **Herrmann** stellt gemäß § 22 Ziff. 3 g der Geschäftsordnung den Antrag, die Sitzung für 15 Minuten zu unterbrechen.

Die Mitglieder des Gemeinderates äußern einmütig ihre Zustimmung, so dass die Sitzung unterbrochen wird.

Stadtrat **Herrmann** erklärt, dass vor allem in der gestrigen Sitzung eine konstruktive Diskussion stattgefunden habe, in der die teilweise vorhandenen Irritationen aus der Vorl. Nr. 221/13 ausgeräumt werden konnten. In dieser Sitzung sei auch darüber geredet worden, ob der Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2007 auch bei Gebieten unter 3.000 m² gelten solle. Dies müsse nochmals besprochen werden. Seine Fraktion stehe grundsätzlich zu den Beschlüssen aus 2007 und der damit verbundenen Wohnungsbaupolitik. Damit in den betreffenden Gebieten keine Grundstücke mehr von Privaten aufgekauft werden können, sei heute dringend ein Beschluss zum Vorkaufsrecht (Vorl. Nr. 414/13 – Ziff. 5) erforderlich. Da bezüglich der anderen Ziffern noch Klärungsbedarf bestehe, schlägt er vor, heute lediglich über die Ziff. 5 abzustimmen.

Stadtrat **Dr. Bohn** führt im Namen seiner Fraktion aus, dass diese in keinem Punkt von dem Beschluss aus 2007 abweichen möchte, da er eine große Notwendigkeit dafür sehe, dass die Grundsätze zur Wohnbaulandentwicklung durch den Gemeinderat festgelegt würden. Da die Nachfrage nach Bauland und Wohnraum weiter sehr groß sei, werde in Zukunft auch die Innenentwicklung immer wichtiger. Seiner Meinung nach müsse der Anteil an bezahlbarem Wohnraum, auch durch Bauvorhaben privater Unternehmen, erhöht werden. Da es wichtig sei, dass die Stadt Zugriff auf die Grundstücke habe, könnten heute alle Mitglieder seiner Fraktion der Ziff. 5 zustimmen. Den restlichen Ziffern des Beschlussvorschlages könne in der heutigen Sitzung nur die Mehrheit der SPD-Fraktion zustimmen.

Stadtrat **Glasbrenner** schildert, dass im Jahr 2007 zwei epochale Beschlüsse getroffen worden seien. Er vertritt den Standpunkt, dass die Thematik so umfassend sei, dass in der heutigen Sitzung kein voreiliger Beschluss getroffen werden solle. Die Fraktionen sollten nun signalisieren, wann sie für eine weitere Beratung bereit seien. Da seine Fraktion jedoch mit dem Vorkaufsrecht einverstanden sei, könne die Ziff. 5 heute abgestimmt werden. Die anderen Ziffern des Beschlussvorschlages müssten umfassend und im normalen Verfahren beraten werden.

Ein Grundsatzbeschluss für die Wohnbaulandentwicklung sei wichtig, so Stadtrat **Gericke**. Die Ziff. 4 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 414/13 müsse noch dahingehend ergänzt werden, dass die Baulandentwicklung der Stadtentwicklung dienlich sein muss. Weiter erinnert er daran, dass seine Fraktion bereits bei vier Potenzialflächen Skepsis geäußert habe. So komme eine Bebauung z. B. im Gebiet Königsberger Straße nicht in Frage. Die Ziff. 1 müsse noch insoweit ergänzt

werden, dass die Festlegung, welche Fläche Bauland werde eines gesonderten Beschlusses des Gemeinderates bedürfe. In Zukunft werde die Entwicklung von Baulücken und die qualitätvolle Entwicklung in den Innenbereiche immer wichtiger. Außerdem weist er auf den großen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum und Wohnraum für Senioren hin. Seine Fraktion könne in der heutigen Sitzung der gesamten Vorl. Nr. 414/13 zustimmen.

Stadtrat **Müller** betont, dass die im Jahr 2007 getroffenen Beschlüsse nicht in Frage gestellt werden und bestätigt, dass ein Bedarf an neuen Wohnbauflächen vorhanden sei. Mit dem Vorschlag von Stadtrat Herrmann, heute lediglich über die Ziff. 5 der Vorl. Nr. 414/13 abzustimmen, sei er einverstanden. Bezüglich der einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 414/13 erklärt Stadtrat Müller, dass seine Fraktion der Ziff. 1 momentan nicht zustimmen könne. Bei der Ziff. 3 bestehe noch Diskussionsbedarf, da z. B. bei 3b) eine Erläuterung fehle. Dagegen begrüße seine Fraktion die in Ziff. 4 enthaltene Möglichkeit zur Privatinitiative.

Stadträtin **Burkhardt** legt dar, dass sie weiterhin zu dem Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2007 stehe. Der in der Vorl. Nr. 414/13 enthaltene Beschlussvorschlag entspräche nicht ihrem Antrag, neue Flächenausweisungen erst vorzunehmen, wenn das Verfahren zur Fortschreibung des Flächennutzungsplans mit Landschaftsplan und Bürgerbeteiligung begonnen worden sei. Ihrer Meinung nach sei eine nachhaltige Stadtentwicklung auch von Gewerbeflächen, Grünflächen und der Freiflächenentwicklung abhängig. Die Festsetzung eines Vorkaufsrechts lediglich aufgrund einer vertieften Untersuchung der Gebiete entspräche nicht den Festsetzungen im Baugesetzbuch. Angesichts des demographischen Wandel müsste die Stadt Ludwigsburg Strategien zur Bereitstellung von Gewerbeflächen und zur Verkehrsinfrastruktur entwickeln. Sollte die Vorl. Nr. 414/13 heute abgestimmt werden könnte sie nur den Ziff. 2, 4 und 7 zustimmen, die längst beschlossen seien.

Stadträtin **Lange** könne die Haltung der Stadt, neue Wohnbaugebiete nur zu entwickeln, wenn sie im Eigentum der Flächen sei, grundsätzlich unterstützen. Allerdings solle das Gebiet entlang Königsberger Straße (Ziff. 1.2) von der Liste der Potenzialflächen gestrichen und nicht vertieft untersucht werden, da dieser Bereich von Bebauung frei gehalten werden solle.

Stadtrat **Kemmerle** spricht sich dafür aus, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen. Da die Anzahl der vorhandenen Flächen, die für eine Wohnnutzung in Betracht kommen, gering sei, solle die Stadt wie vorgeschlagen steuern. Bezüglich der Ziff. 1 des Beschlussvorschlages führt er aus, dass diese lediglich eine vertiefte Untersuchung enthalte und die endgültige Entwicklung zu einem Wohngebiet durch den Gemeinderat beschlossen werden müsse. Er könne der gesamten Vorl. Nr. 414/13 zustimmen.

OBM **Spec** fasst die Wortmeldungen des Gremiums wie folgt zusammen:

- Bei der Ziff. 1 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 414/13 bestehe grundsätzlich Konsens, sofern eine Ergänzung dahingehend erfolge, dass die endgültige Festlegung, welche Flächen zu Bauland entwickelt werden, eines separaten Beschlusses bedarf.
- Mit der Ziff. 2 und den Ausnahmetatbestände in Ziff. 4 sei außerdem die Mehrheit des Gemeinderates einverstanden. Allerdings könnte über die Details der Ziff. 4 noch diskutiert werden.
- Die Ziff. 3 sei eigentlich bereits im Jahr 2007 beschlossen worden und es bestehe Konsens darüber, dass der Grundsatzbeschluss beibehalten werden solle.
- Bezüglich der Ziffern 5 bis 7 konnte er ebenfalls eine Mehrheit für den Verwaltungsvorschlag erkennen.

Damit die Fraktionen die Einzelheiten noch klären könnten, schlage er vor, heute lediglich über die Ziff. 5 abzustimmen, da das Vorkaufsrecht dringend begründet werden solle. Die restlichen Ziffern der Vorlage könnten dann im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 19.11. sowie im Gemeinderat am 20.11. beschlossen werden.

Stadtrat **Gericke** findet es schwierig, die Ziff. 5 losgelöst von der Ziff. 1 zu beschließen. Deswegen werde sich seine Fraktion eventuell enthalten.

Stadtrat **Glasbrenner** betont, dass sich seine Wortmeldung nur auf die Ziff. 5 bezogen habe. Alle anderen Ziffern müssten erst innerhalb der Fraktion beraten werden.

Das Gremium verständigt sich darauf, in der heutigen Sitzung lediglich über die Ziff. 5 des Beschlussvorschlages abzustimmen. Darüber hinaus sprechen sich die Mitglieder des Gemeinderates dafür aus, dass die Ziffern 1 bis 4 sowie 6 und 7 des Beschlussvorschlages der Vorl. Nr. 414/13 zunächst nochmals im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung sowie im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vorberaten werden und anschließend im Gemeinderat beschlossen werden sollten.

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Ziff. 5 der Vorl. Nr. 414/13 abstimmen.

TOP 3	Vorstellung der neuen Integrationsbeauftragten Frau Müller	Vorl.Nr.
--------------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Vorstellung der neuen Integrationsbeauftragten Frau **Müller** ist erfolgt.

TOP 4	Umgestaltung des Synagogenplatzes	Vorl.Nr. 292/13
--------------	--	------------------------

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 4.1.

TOP 4.1	Umgestaltung des Synagogenplatzes - abweichender Empfehlungsbeschluss zur Vorl.Nr. 292/13	Vorl.Nr. 396/13
----------------	--	------------------------

Beschluss:

1. Die Umgestaltung des Synagogenplatzes erfolgt gemäß der unter bürgerschaftlicher Beteiligung entwickelten Variante A der Vorl.Nr. 292/13 - Neugestaltung mit seitlichem Baumbestand.

2. Zur Finanzierung werden im städtischen Haushalt für das Jahr 2014 240.000 Euro bereitgestellt.

3. Die Verwaltung wird beauftragt eine Ausführungsplanung zu erstellen und den Bau- und Vergabebeschluss vorzubereiten.

4. Angesichts des herausragenden bürgerschaftlichen Engagements und der unmittelbaren

Bürgerbeteiligung bei der konzeptionellen Entwicklung der Neugestaltung des Synagogenplatzes besteht die berechtigte Chance, auch auf die finanzielle Beteiligung von Stiftungen, Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern zu setzen. Die Verwaltung wird daher beauftragt, der Dialogkreis Synagogenplatz gebeten, gemeinsam Drittmittel für die Neugestaltung einzuwerben.

5. Mit der Baumaßnahme wird begonnen, sobald von den einzuwerbenden Drittmitteln von 50 % verbindlich zugesichert sind.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss zu Ziff.1 wird mit 25 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu den Ziffern 2 bis 5 wird mit 29 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin Schneller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist auf die Vorl. Nr. 396/13, die den Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales vom 23.10.2013 enthalte. In einem sehr langen Prozess mit breiter bürgerschaftlicher Beteiligung sei der Vorschlag für eine Kofferskulptur entwickelt worden. Anhand von verschiedenen Bildern verdeutlicht er den jetzigen Zustand des Synagogenplatzes sowie das Konzept für eine Neugestaltung. Abschließend bedankt sich EBM Seigfried, auch im Namen des Gemeinderates und OBM Spec, bei dem Arbeitskreis Dialog Synagogenplatz sowie bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Umgestaltung des Platzes beteiligt waren.

Stadtrat **Herrmann** spricht sich im Namen seiner Fraktion für eine einfache, aber würdige Gestaltung aus. Er könne es befürworten, dass die Vorschläge öffentlich und ausführlich diskutiert worden seien. Außerdem bedankt er sich beim Arbeitskreis Dialog Synagogenplatz. Die vorgeschlagenen Infostelen müssten gut vor Vandalismus geschützt werden. Seine Fraktion sei mehrheitlich dazu bereit, den 240.000 Euro zuzustimmen, was immerhin einer Verdopplung des Ansatzes entspreche. Da die Bereitschaft, für dieses Projekt zu spenden hoch sei, werde dieser Haushaltsansatz vermutlich ausreichen. Die Variante A finde Zustimmung der CDU-Fraktion, insbesondere aufgrund der Empfehlung des Dialogkreises für diese Variante.

Stadträtin **Liepins** begrüßt, dass in der heutigen Sitzung endlich eine Entscheidung getroffen werde und in 2014 die Umsetzung erfolgen könne. Die Sanierung und Umgestaltung des Synagogenplatzes sei jetzt angebracht. Sie bewertet positiv, dass das Ergebnis in einem sehr langen Beteiligungsprozess entwickelt worden sei. Ihre Fraktion könne der Variante A einstimmig zustimmen. Hier sei es ihrer Meinung nach ausnahmsweise auch gut, dass nur am Rand des Platzes Bäume gepflanzt werden sollen. Die SPD-Fraktion rechne zwar mit Spenden, halte es aber nicht richtig, den Baubeginn daran zu koppeln. Deshalb solle die Ziff. 5 dahingehend geändert werden, dass der Baubeginn in jedem Fall 2014 erfolge und in den Haushalt 2014 eine Verpflichtungsermächtigung über 120.000 € aufgenommen werde, falls die Drittmittel nicht zur Verfügung stehen.

Stadtrat **Weiss** bedankt sich bei dem Arbeitskreis Dialog Synagogenplatz und betont die Notwendigkeit einer Erinnerungsstätte. Er vertritt den Standpunkt, dass eine Umgestaltung gemäß der Variante A richtig sei. Die vorgeschlagene Finanzierung mit der Ergänzung bezüglich der Kopplung von Baubeginn und Drittmittel in Ziff. 5 könne er unterstützen. Die Freien Wähler könnten dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zustimmen. Ein Fraktionsmitglied werde sich enthalten.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** freut sich, dass die Umgestaltung des Synagogenplatzes nun endlich im Gemeinderat beschlossen werde und bedankt sich bei den Teilnehmern des Arbeitskreises. Sie hoffe, dass die neuen Bäume besser sind als die bisherigen und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob eine Umsetzung vorhandener Bäume möglich sei. Da die Stadträte Steinwand und Dr. Vierling die Variante B befürworten würden, bittet sie darum, die Ziff. 1 getrennt abstimmen zu lassen. Darüber hinaus erklärt sie, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 1.000 Euro für die Umgestaltung des Platzes spende.

Stadtrat **Heer** hält den jetzigen Vorschlag, den Synagogenplatz mit einem seitlichen Baumbestand (Variante A) umzugestalten, für sehr sinnvoll, da der Platz damit würdig gestaltet und aufgewertet werde. Weiter erinnert er daran, dass der Arbeitskreis die teilweise Finanzierung über Drittmittel vorgeschlagen habe. Seine Fraktion werde der Vorl. Nr. 396/13 zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** führt aus, dass durch eine Umgestaltung die historische Platzform erhalten bleiben und ein Gedenkort geschaffen werden sollte. Es sei für sie nicht nachvollziehbar, weshalb die bestehenden Bäume, die jahrelang von Bürgern gepflegt worden seien, ersetzt werden müssten. Ein Lichtband, welches den Grundriss der Synagoge nachzeichne, gefalle ihr. Dahingegen sei die Koffersymbolik ihrer Meinung nach völlig unverständlich. Auch die vorgeschlagenen Informationsstelen könne sie aufgrund der Anfälligkeit für Vandalismus nicht unterstützen. Stattdessen schlage sie vor, auf dem Platz eine Menora aus Stein aufzustellen, in die die Namen der jüdischen Ludwigsburger, die 1932 hier lebten, eingraviert werden sollten. Diese Gestaltung könne das Stadtbild bereichern und biete wenig Anreiz für Vandalismus. Sie werde der Vorl. Nr. 396/13 aus diesen Gründen nicht zustimmen.

Für Stadträtin **Lange** stellt sich die Frage, welches Ziel mit der Umgestaltung erreicht werden solle. Ihrer Ansicht nach ist die vorgeschlagene Planung für den Synagogenplatz sehr aufwändig und teuer. Der Platz solle weitgehend in seinem jetzigen Zustand erhalten bleiben. Die bisherigen Bäume könnten erhalten bleiben und der Grundriss müsse nicht angehoben werden. Deshalb könne sie der Vorl. Nr. 396/13 nicht zustimmen.

Stadtrat **Lettrari** ist mit der vorgeschlagenen Neugestaltung einverstanden. Allerdings gibt er zu bedenken, dass die Koffer zu einer Angriffsfläche für Vandalismus werden könnten.

Stadtrat **Kemmerle** hält es für verständlich, dass keine einheitliche Meinung zu den Entwürfen bestehe. Für ihn sei ein Wiederaufbau der Synagoge wünschenswert gewesen. Die geplante Neugestaltung könne er nicht befürworten, da der vorgelegte Entwurf sehr verletzlich sei. Er respektiere das Engagement des Arbeitskreises und werde sich deswegen enthalten und nicht gegen den Beschlussvorschlag stimmen.

Stadtrat **Kromer** legt dar, dass er und Stadtrat Lutz gegen den Vorschlag stimmen werden, obwohl sie die Arbeit des Arbeitskreises sehr schätzten und sich für deren Engagement bedanken möchten. Sie könnten die erheblichen Kostensteigerungen nicht nachvollziehen und könnten bei den Entwürfen auch keinen Sparwillen erkennen. Die Kosten seien derzeit, vor allem in Anbetracht der Diskussionen zu Kostensteigerungen bei anderen Baumaßnahmen, nicht vertretbar.

Stadtrat **Glasbrenner** erklärt, dass er mit dem Ergebnis des Arbeitskreises Dialog Synagogenplatz einverstanden sei. Er werde sich dennoch enthalten, da die Kosten für Tiefbaumaßnahmen seiner Meinung nach zu hoch seien.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass die veranschlagten 120.000 Euro lediglich ein Merkposten gewesen seien. Man sei immer davon ausgegangen, dass dieser Betrag nicht ausreichen werde.

OBM **Spec** lässt zunächst über die Ziff. 1 der Vorl. Nr. 396/13 abstimmen.

Bezug nehmend auf die Wortmeldung von Stadträtin **Liepins** schlägt OBM **Spec** vor, die Ziff. 2 des Beschlusses dahingehend zu ergänzen, dass Mehreinnahmen zur Deckung von Mehrausgaben verwendet werden könnten.

Stadtrat **von Stackelberg** bittet stattdessen um Abstimmung über den Antrag seiner Fraktion, die Ziff. 5 so zu ändern, dass der Baubeginn in jedem Fall 2014 erfolge und in den Haushalt 2014 zusätzlich eine Verpflichtungsermächtigung über 120.000 € aufgenommen werde, falls die Drittmittel nicht zur Verfügung stehen.

Sodann lässt OBM **Spec** über diesen Antrag abstimmen.

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Nicht anwesend: Stadtrat **Rebholz** (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin **Schneller** (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat **Daferner** (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat **Dr. Heer** (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat **Seybold**

Abschließend lässt OBM **Spec** über die Ziffern 2 bis 5 der Vorl. Nr. 396/13 abstimmen.

TOP 5

Kündigung der Mitgliedschaft bei der Wohnbaugenossenschaft Ludwigsburg e.G.

Vorl.Nr. 380/13

Beschluss:

Die Stadt Ludwigsburg kündigt ihre Mitgliedschaft in der Wohnbaugenossenschaft Ludwigsburg e.G. zum 31.12.2013.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat **Rebholz** (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin **Schneller** (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat **Daferner** (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat **Dr. Heer** (entschuldigt; privat verhindert)

Stadtrat Seybold
Stadtrat Juranek (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat Griesmaier

Ja 34 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem das Gremium einmütig auf Sachvortrag und Aussprache verzichtet, ruft OBM Spec zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 380/13 auf.

TOP 6 **Radroutenkonzept Ludwigsburg 2025**
- mündlicher Bericht und Vorschlag zum weiteren
Vorgehen von Prof. Kölz

Beratungsverlauf:

OBM Spec und BM Iik führen kurz in die Thematik ein. Der Bericht in der heutigen Sitzung sei lediglich als erster Einstieg vorgesehen.

Sodann schildert Herr Prof. Kölz anhand einer Präsentation die Untersuchungen zum Radroutenkonzept 2025. Dabei geht er insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Methodik zum Vorgehen
- Übersicht Planungsprozesse
- Modal Split
- bisherige Untersuchungen
- Schülerverflechtungen

OBM Spec weist darauf hin, dass aus Zeitgründen heute keine grundsätzliche Aussprache zu diesem Thema erfolgen solle. Eine eingehende Beratung sei in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt vorgesehen. Weiter sagt er zu, dass die Mitglieder des Gemeinderates die Unterlagen zu den Untersuchungen von Prof. Kölz erhalten.

TOP 7 **Erweiterung Kindertagesstätte Reichertshalde 51** **Vorl.Nr. 340/13**
- Entwurfs- und Baubeschluss

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt den Entwurf und Bau der Erweiterung der Kindertagesstätte Reichertshalde 51 in Hoheneck auf Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung und der Kostenberechnung vom 23.09.2013, mit Baukosten in Höhe von 1,775 Mio. EUR inklusive 19 % MwSt. (KG 200, 300, 400 + 700).
2. Der Anpassung der Honorare für die Architekten- und Ingenieurleistung auf Basis der Kostenberechnung sowie der Beauftragung der weiterführenden Leistungsphasen an die

externen Ingenieure wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme und 1 Enthaltung einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin Schneller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Juranek (entschuldigt; privat verhindert)
Stadträtin Liepins (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadträtin Voigt

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Glasbrenner** betont, dass die Außenanlagen lediglich in der Begründung enthalten seien und somit heute nicht zur Abstimmung stünden. Außerdem erwarte er hierzu bald eine Planung mit Aussagen zu den erwarteten Kosten. Bezüglich der Vorberatung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt erinnert er daran, dass der Standard laut des Berichtes des externen Controllers am oberen Limit sei.

Anschließend lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 340/13 abstimmen.

TOP 8

**Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes
Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart (ZV
KDRS)**

Vorl.Nr. 376/13

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der geplanten Änderung der Satzung des ZV KDRS zu und ermächtigt Herrn Oberbürgermeister Werner Spec oder einen von ihm Bevollmächtigten als gesetzliche/n Vertreter der Stadt Ludwigsburg in der KDRS-Verbandsversammlung der geplanten Satzungsänderung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin Schneller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Juranek (entschuldigt; privat verhindert)
Stadträtin Liepins (entschuldigt; privat verhindert)
Stadträtin Voigt

Ja 32 Nein 0 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Auf Sachvortrag und Aussprache wird verzichtet.

OBM Spec lässt über die Vorl. Nr. 376/13 abstimmen.

TOP 9

**Erhöhung der Kapitalrücklage für die Wohnungsbau
Ludwigsburg GmbH**

Vorl.Nr. 367/13

Beschluss:

Die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH erhält bereits im Dezember 2013 eine Kapitalrücklage von 700.000 EUR. Dafür wird eine außerplanmäßige Ausgabe bei Fipo. 2.6200.9300.000-0003 genehmigt. Die Deckung erfolgt über Wenigerausgaben bei der Fipo. 2.6157.9850.000-0120, Sanierung Scala, Zuschüsse an die Wohnungsbau Ludwigsburg GmbH.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 31 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin Schneller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Juranek (entschuldigt; privat verhindert)
Stadträtin Liepins (entschuldigt; privat verhindert)
Stadträtin Voigt

Ja 31 Nein 0 Enthaltung 2

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens des Gremiums auf Sachvortrag und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt verzichtet wird, ruft OBM Spec zur Abstimmung über die Vorl. Nr. 367/13 auf.

Beschluss:

- I. Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den BP „Asperger Straße“ Nr. 012/02 wird beschlossen.
- II. Ziel der Aufhebung ist, das Bebauungsplanverfahren einzustellen, da eine planungsrechtliche Steuerung nicht mehr erforderlich ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
 Stadträtin Schneller (entschuldigt; beruflich verhindert)
 Stadtrat Daferner (entschuldigt; beruflich verhindert)
 Stadtrat Dr. Heer (entschuldigt; privat verhindert)
 Stadtrat Seybold
 Stadtrat Juranek (entschuldigt; privat verhindert)
 Stadträtin Liepins (entschuldigt; privat verhindert)
 Stadträtin Voigt

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Nachdem seitens der Mitglieder des Gemeinderates weder Sachvortrag noch Aussprache gewünscht wird, lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 339/13 abstimmen.

Beschluss:

Gemäß den Bedingungen für die Bildung von Stadtteilausschüssen vom 17.01.1997 wird auf Vorschlag der FDP-Fraktion vom 23.10.2013

Herr Sebastian Haag, Holsteiner Straße 28, 71640 Ludwigsburg

als Mitglied in den Stadtteilausschuss Oßweil berufen.

Das bisherige Mitglied Frau Angelika Hirth-Neukamm scheidet aufgrund ihres Fraktionswechsels aus dem Stadtteilausschuss Oßweil aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Rebholz (entschuldigt; dienstlich verhindert)
Stadträtin Schneller (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Daferner (entschuldigt; beruflich verhindert)
Stadtrat Dr. Heer (entschuldigt; privat verhindert)
Stadtrat Seybold
Stadtrat Juranek (entschuldigt; privat verhindert)
Stadträtin Liepins (entschuldigt; privat verhindert)
Stadträtin Voigt

Ja 33 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die Vorl. Nr. 386/13 und deren Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 05.11.2013.

Das Gremium verzichtet einmütig auf Sachvortrag und Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Sodann lässt OBM Spec über die Vorl. Nr. 386/13 abstimmen.